



Klaus Tenfelde (Hrsg.)

Versöhnen statt spalten
Johannes Rau:
Sozialdemokratie, Landespolitik
und Zeitgeschichte

ULTRICH VON ALEMANN;
DER BUNDESPRÄSIDENT JOHANNES RAU
VOM AMTSINHABER ZUM STAATSMANN

(N:

Jürgen Mittag, Klaus Tenfelde (Hrsg.)

Versöhnen statt spalten

Johannes Rau:
Sozialdemokratie, Landespolitik und
Zeitgeschichte

2007,

S. 299 - 311.

assoverlag Oberhausen

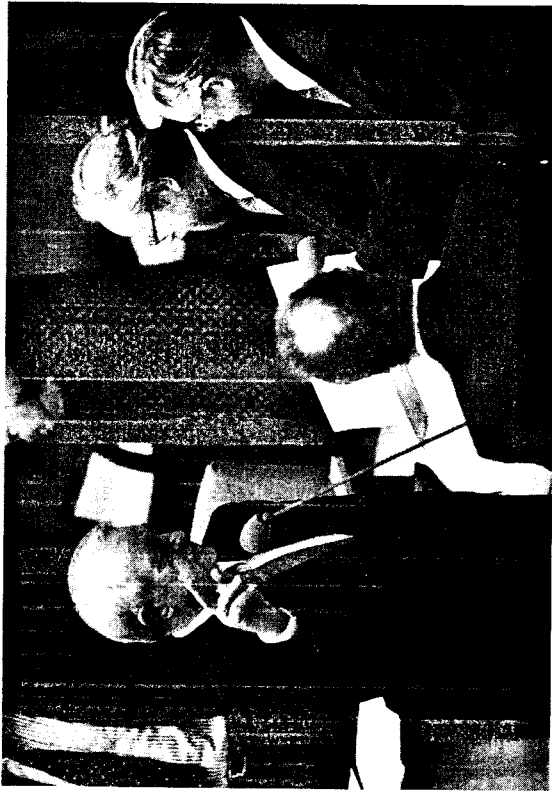
Ulrich von Alemann

Am Anfang war das Wort. Allgemein bekannt ist die feste Übung von Johannes Rau, jeden Tag mit dem Lesen eines Bibelwortes der Herrnhuter Brüdergemeinde zu beginnen. Sein Tag begann mit dem Wort. Auch seine Präsidentschaft begann mit dem Wort, mit der Rede, mit der Debatte und insbesondere: mit dem Zuhören. So erklärte er in seiner Antrittsrede am 1. Juli 1999 vor den beiden versammelten Häusern des Bundestages und des Bundesrates, die nur zu diesem Ereignis gemeinsam tagen: »Ich will zuhören, damit niemand ungehört bleibt. Ich will Gesprächsfäden knüpfen, wo sie abgerissen sind, zwischen Ost und West, zwischen Jung und Alt. Ich will zur Öffentlichkeit verhelfen, was in die gesellschaftliche Debatte gehört.«¹

Und wenige Monate später setzte er sich von seinem Vorgänger Roman Herzog ab, als er in der Berliner Zeitung vom 10. September 1999 betonte: »Ich habe gesagt, ich bin kein Typ für Inszenierungen. Das bleibt auch so. Ich habe eine klare Sprache, aber ich bin allem Pathos abgeneigt. Es kommt mir mehr darauf an, die Menschen zu erreichen, zu denen ich spreche, als die, die es nachlesen.«² Dabei war Rau kein blendender, begnadeter Rhetoriker. Sein Redefluss wurde im Alter langsamer und stieß manche Menschen wegen seines unverwechselbaren Predigerstils ab. Er war mehr Erzähler als Redner. Zur Hochform lief er auf, wenn er – oft vor Beginn einer Rede – sein Manuskript beiseite legte. Diese war natürlich von guten Redenschreibern vorbereitet, aber von ihm selbst akribisch redigiert worden. Und wenn er nun mit einem Scherz oder einer Anekdote eröffnete, dann stellte er eine persönliche Anknüpfung zum Anlass her. Dass er Witze – er sprach lieber

1 Johannes Rau: Reden und Interviews, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 2000, Bd. 1.1, S. 42.

2 Zit. nach Christian G. Irrgang/Martin E. Süßkind: Johannes Rau. Porträt eines Präsidenten, München 2002, S. 24.



Vereidigung von Johannes Rau zum Bundespräsidenten durch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und den amtierenden Bundesratspräsidenten Roland Koch in der letzten Bonner Bundestagssitzung vor dem Regierungsumzug nach Berlin, 01.07.1999.

von Geschichten – aus schier unerschöpflichem Reservoir erzählen konnte, ist legendär. Aber wahr ist auch, dass er damit zuweilen von anstrengenden oder kontroversen Diskussionen abzulenken suchte. Der Untertitel dieses Beitrags ist zugleich seine These: Johannes Rau reifte vom Amtsinhaber zum Staatsmann.

Auftrag und Niederlagen

Johannes Raus Präsidentschaft begann mit Niederlagen. Es waren nicht seine ersten, aber es waren besonders schmerzliche. Vorher war es fast unaufhaltsam aufwärtsgegangen nach schwerer Jugend, frühem Verlust seines Vaters, des pietistischen Predigers. Ohne Studium biss er sich durch, geriet als junger Christ in die Politik, über Heinemanns Gesamt-

deutsche Volkspartei, die Splitterpartei blieb, kam er in die SPD, in der er 1958 als jüngster mit 27 Jahren den Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag schaffte.

An die Anrede Genosse konnte er sich dort nie gewöhnen, so prägte Heinz Kühn den Spitznamen »Bruder Johannes«. Der blieb hängen. Es ging rasend schnell weiter aufwärts: 1964 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Stadtrat Wuppertal, 1967 dasselbe Amt in der Landtagsfraktion Düsseldorf, 1969 Oberbürgermeister von Wuppertal, 1970 Wissenschaftsminister in NRW, 1978 Ministerpräsident und dies blieb er bis 1998. Dies schien seine Bestimmung zu sein. Endlich angekommen vom kleinbürgerlichen Barmen in der großbürgerlichen Düsseldorfer Villa Horion.

Niederlagen kamen da eher selten, wie 1987, als er gegen Helmut Kohl als Kanzlerkandidat der SPD verlor. Eigentlich war er nur halbherzig angetreten und von der Bundes-SPD selbst nur lauwarm unterstützt, die sich gegen Kohl kaum Chancen ausrechnen konnte. So konnte Rau das leicht wegstecken. »Der kann ein Großer werden, wenn er mal eine Niederlage verdaut hat«, das hat Helmut Schmidt über Rau gesagt.³ Dann, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, folgten zwei schwere Niederlagen, gerade nachdem sich mit der deutschen Einheit ein Kreis seit Raus Eintritt in die gesamtdeutsche Volkspartei so positiv geschlossen hatte: Zunächst, 1992, eine gravierende, lebensbedrohliche Krankheit mit einer Nierenoperation, von der sich Rau nur mühsam erholte. Sodann, 1994, die erste Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten, ein Amt, das sein politischer Lebensraum geworden war. Es hatte vertrauliche Vorgespräche mit Kanzler Kohl gegeben, ob er Kandidat beider großen Parteien werden könne. Als aber die SPD ihn wenig später als ihren Kandidaten präsentierte, war dies vorbei und die Niederlage vorprogrammiert. Sicher hätte damals die übergroße Mehrheit der Deutschen ihn gerne als Bundespräsidenten gesehen, aber nicht das Volk, sondern die Mehrheit der Bundesversammlung entscheidet. Rau war 1994 wieder wohllauf. Er war mit 63 Jahren bereit für das hohe Amt, aber es sollte nicht sein. Diese Niederlage schmerzte mehr als manche

³ Wolfgang Bickerich/Jürgen Leinemann/Hans Leyendecker: Bruder Johannes. Herausforderer Rau, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 8.

andere und erklärt viel von dem Wunsch, fünf Jahre später erneut anzutreten.

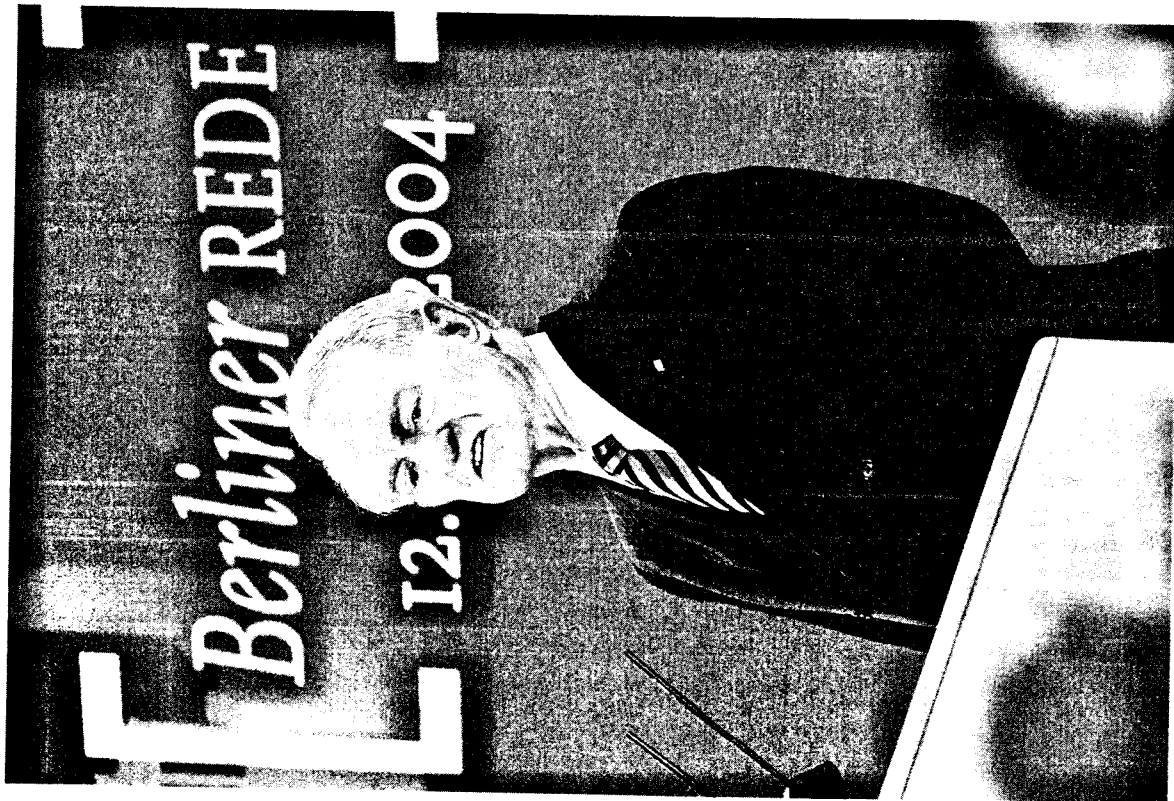
Nun, im Jahr 1999, hatte sich der Wind der öffentlichen Meinung gedreht. Selbst in seiner eigenen Partei, der SPD, stand man seiner Kandidatur skeptisch gegenüber. Das Amt des erfolgreichen Ministerpräsidenten von NRW hatte er ein Jahr zuvor an Wolfgang Clement abgegeben. Endlich, wie viele meinten. Er sei zu alt, er sei zu westlich, er sei von gestern, zu sehr Sohn der alten Bundesrepublik, und er sei auch keine Frau, hörte man allenthalben. Eine jüngere Politikerin aus dem Osten, das war seinerzeit das Idealprofil. Es fand sich keine. Rau hielt konsequent an seiner Kandidatur fest und setzte sich durch.

Amtsantritt als Bundespräsident

Am 23. Mai 1999 wurde Johannes Rau von der Bundesversammlung im zweiten Wahlgang mit 690 Stimmen gewählt – gegen 572 Stimmen für Dagmar Schipanski von der CDU und 62 Stimmen für Uta Ranke-Heinemann, aufgestellt von der PDS, der Tochter seines Ziehvaters Gustav Heinemann. Rau nahm die Wahl an und ergriff die Gelegenheit beim Schopfe, einen ersten Pflock einzuschlagen. Er trat ans Mikrofon und bedankte sich mit einer kurzen Rede, die alles andere als harmlos, harmonisüchtig und unpolitisch war – er war eben nicht nur ein »fröhlicher Heinemann«, wie man ihm, gerade während seiner Präsidentschaftskandidatur, oft vorgeworfen hatte.

Er erinnerte daran, »dass wir in unserer Verfassung Etlliches unaufgebar festgeschrieben haben: dass die Würde des Menschen unantastbar ist – da steht nicht: die Würde der Deutschen, sondern da steht: die Würde des Menschen.«⁴ Nur allzu deutlich ergriff Rau politisch Partei in der Debatte um Migration und Zuwanderung. Er ergriff Partei für die Noch-Nicht-Deutschen, die Mitmenschen. Konservative Kreise und Medien reagierten prompt. Die CDU bedauerte eine »provokierende Spitze gegen das Unions-Lager«.⁵

4 Johannes Rau: Reden und Interviews, Bd. 1.1, S. 26.
5 Irrgang/Süsskind, S. 14.



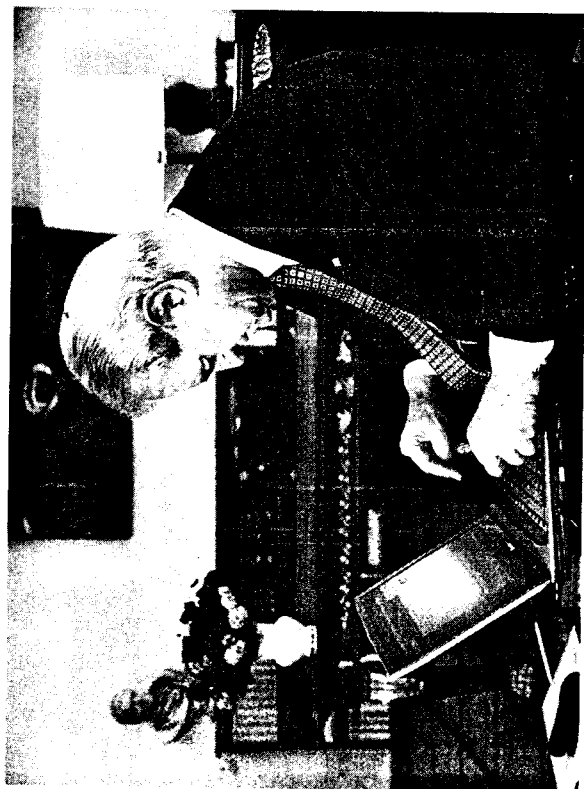
Bundespräsident Johannes Rau während der letzten Berliner Rede seiner Amtszeit zum Thema »Vertrauen in Deutschland – Eine Ermutigung« im Schloss Bellevue, 12.05.2004.

Das Thema blieb ein Leitmotiv seiner gesamten Präsidentschaft. So brachte er es in seiner Rede zum Gedenken an den 9. November 1938, gehalten am 9. November 2000, auf den Punkt: »Arbeiten wir für ein Deutschland, in dem wir alle zusammen gerne, frei und sicher leben können. Arbeiten wir für ein Deutschland, in dem wir ohne Angst verschieden sein können. Und das wir deshalb auch lieben können.«⁶

Seine Antrittsrede vom 1. Juli 1999 als Bundespräsident hatte drei Hauptthemen: die Globalisierung, die Friedenspolitik und die Bedeutung der Bildung: »Die Globalisierung bietet uns Deutschen und aller Welt große Chancen – wenn wir sie recht verstehen und richtig gestalten (...). Freilich: Nicht jedes Land hat politisch und auch nicht jedes Unternehmen hat wirtschaftlich das gleiche Gewicht. Einige können stärker dazu beitragen, dass alle Vorteile oder Nachteile haben. Man braucht kein Kenner und kein Liebhaber der Chaostheorie zu sein, um zu wissen, dass kleinste Veränderungen an einer Stelle ganz unvermutete und oft große Folgen an anderer Stelle haben (...).

Zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und nach dem Fall der Mauer sind wir immer noch auf der Suche nach einer Ordnung in Europa und weltweit. Es gibt die beiden Militärblöcke nicht mehr, die sich feindlich gegenüberstehen. Wir haben aber noch nicht die gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung schaffen können, die notwendig wäre, damit Krieg jedenfalls in Europa kein Mittel der Politik mehr ist. Von einer neuen Weltfriedensordnung, die das Leitbild der globalen nachhaltigen Entwicklung aufnähme, sind wir noch weit entfernt (...). Keiner von uns weiß, wie die Welt von morgen aussehen wird. Wir wissen nur, dass vieles ganz anders sein wird als heute. Wir wissen aber nicht, was die Welt von morgen den Menschen abverlangen wird. Manche glauben, das seien vor allem technische und naturwissenschaftliche Kenntnisse; dafür gibt es gute Argumente. Andere fordern stattdessen eine Renaissance der Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie weisen darauf hin – ich glaube, dass sie Recht haben –, dass Bildung etwas anderes ist als Fachwissen allein und dass Informationen allein noch nicht Einsicht vermitteln. Wenn das richtig ist, dann sollten wir

⁶ Dokumentiert unter <www.bundespraesident.de> (30.01.2007).



Bundespräsident Johannes Rau in seinem Arbeitszimmer im Dialog mit Bürgern per Internetchat, 07.01.2003.

mehr über die Ziele sprechen, die wir in unseren Schulen erreicht sehen wollen, und erst danach über die Instrumente, die dafür am besten geeignet sind.⁷ Das waren also seine Themen – Globalisierung, Frieden, Bildung –, mit denen er seine Präsidentschaft antrat. Es brauchte noch einige Zeit, bis die Öffentlichkeit merkte, dass es ihm ernst war mit den Themen, dass er sein Amt politisch prägen wollte.

Der Bundespräsident: Reden, Reisen und Reden

Während seiner Amtszeit hat Johannes Rau noch zahlreiche Reden gehalten. Sie füllen gesammelt viele Bände. Es sollen insgesamt 715 Reden gewesen sein, 579 davon nehmen viel Speicherplatz ein, wenn man

⁷ Johannes Rau: Reden und Interviews, Bd. 1.1, S. 30-37.

sie von der Homepage des Bundespräsidenten, wo sie noch heute bereit stehen, herunterladen will.⁸ Reden, Reden, Reden, Reisen und nochmals Reden: Das ist die Hauptbeschäftigung eines Bundespräsidenten. Dazu zählen kleine Reden, wie eine Ansprache zur Meisterfeier der Handwerkskammer Leipzig oder ein Grußwort zur Vergabe des deutschen Architekturpreises 1999 und große Reden zu Staatsbesuchen, Weihnachtsansprachen, Neujahrsbotschaften über das Fernsehen an alle Bürger. Trotz aller Reden und vieler Worte: In der ersten Zeit seiner Präsidentschaft galt er als »der unerhörte Präsident«. Das schmerzte ihn, den Mann des Wortes.

Schließlich hörte man näher hin, und er fand zu seinem Format, den »Berliner Reden«. Der »Verein Partner für Berlin« hatte sie mit der Einladung von Bundespräsident Herzog in das Hotel Adlon zwar erfunden, der sie zu seiner »Rückrede« nutzte. Johannes Rau jedoch hat sie als feste Institution während seiner Amtszeit etabliert. Er sprach erstmals am 12. Mai 2000 zum Thema »Ohne Angst und ohne Trümereien: Gemeinsam in Deutschland leben«. Die nächste Berliner Rede hielt er am 18. Mai 2001 zum Thema »Wird alles gut? Für ein Fortschritt nach menschlichem Maß«. Dann folgte am 13. Mai 2002 die Rede mit dem Titel »Chance, nicht Schicksal – die Globalisierung politisch gestalten«, am 19. Mai 2003: »Gemeinsam handeln – Deutsche Verantwortung in der Welt« und schließlich als letzte Berliner Rede am 15. Mai 2004 zum Thema »Vertrauen in Deutschland«.⁹

Neben Reden stand das Reisen als erster Repräsentant Deutschlands auf dem Programm jedes Bundespräsidenten. Rau hat seine Verpflichtungen an Staatsbesuchen ernst und die beträchtliche Last gern auf sich genommen. Er war hoch anerkannt in Ost und West, in Nord und Süd, aber eine Region lag ihm besonders am Herzen: der Nahe Osten und hier insbesondere Israel.

Dieses Engagement basierte auf einer langen besonderen Beziehung zu Israel und zu den Juden in Deutschland, die er bereits als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen aufgebaut hatte.

Am 19. Februar 2000 hielt er als erster deutscher Bundespräsident

⁸ Vgl. <www.bundespraesident.de> (31.01.2007).

⁹ Alle auf der o.a. Homepage des Bundespräsidenten.



Bundespräsident Johannes Rau und US-Präsident George W. Bush während dessen Deutschlandbesuchs, 23.05.2002.

eine Rede in der Knesset, im israelischen Parlament: eine Sensation. Er hatte deutsch reden wollen und es war ihm zugestanden worden: dies war die zweite Sensation. Deshalb war aber etwa ein Drittel der Abgeordneten ostentativ nicht anwesend, als seine Rede begann: »Ich weiß, was es für manche von Ihnen bedeutet, in diesem hohen Hause heute die deutsche Sprache zu hören. Ihre Entscheidung, mich einzuladen, erfüllt mich mit Dankbarkeit. Ich empfinde sie als Zeichen des Willens, Geschichte niemals zu verdrängen, und des Mutes, die Schreckenslähmung dieser Geschichte dennoch zu überwinden. Im Angesicht des Volkes Israel verneige ich mich in Demut vor den Ermordeten, die keine Gräber haben, an denen ich hier um Vergebung bitten könnte. Ich bitte um Vergebung für das, was Deutsche getan haben, für mich und meine Generation, um unserer Kinder und Kindeskinde willen, deren Zukunft ich an der Seite der Kinder Israels sehen möchte. Ich tue das vor Ihnen, den Vertretern des Staates Israel, der nach 2000 Jahren

wiedergeboren wurde und den Juden in der Welt, vor allem aber den Überlebenden der Shoa Zuflucht gegeben hat.«¹⁰ Johannes Rau erhielt stehenden Beifall nach dem Ende der Rede vor einem nun fast gefüllten Plenum: und das war die dritte Sensation, denn viele waren während der Übertragung der Rede aus ihren Büros zurückgekehrt.

Innenpolitisch ließ ihn ein Thema während seiner Amtszeit nicht los: das Thema Migration und Zuwanderung. Seit dem Tag seiner Wahl, als er sich in seiner Dankesrepublik allen Bürgern, nicht nur den Deutschen, verpflichtete, klang das Thema immer wieder an. In vielen Reden engagierte er sich für Offenheit, Integration und Miteinander.

Und plötzlich stand er nicht mehr als Mahner, Warner oder Impulsgeber da, sondern mitten in der politischen Auseinandersetzung um das lange umstrittene Zuwanderungsgesetz. Es war im Bundestag am 1. März 2002 knapp mit der rot-grünen Mehrheit beschlossen worden und drohte im Bundesrat am 22. März 2002 gegen die unionsregierten Bundesländer zu scheitern. Die entscheidenden Stimmen des – von einer großen Koalition regierten – Landes Brandenburg wurden vom Ministerpräsidenten Stolpe für das Gesetz abgegeben und, obwohl sein Innenminister Schönbohm (CDU) dagegen gesprochen hatte, von Klaus Wowereit (SPD) als Präsident des Bundesrates als Zustimmung gewertet. Tumultartige Szenen folgten sowie eine erbitterte öffentliche Debatte, ob der Bundespräsident ein so zustande gekommenes Gesetz unterschreiben solle, könne oder müsse.

Rau ließ sich Zeit mit der Prüfung. Schließlich verknüpfte er mit einem klugen Junktim seine Unterschrift unter das Gesetz am 20. Juni 2002 mit der Aufforderung an alle Kritiker, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Aber er beließ es nicht dabei, sondern formulierte erste Mahnungen an die streitenden Parteien: »Was am 22. März im Bundesrat geschehen ist, das hat dem Ansehen der Politik insgesamt geschadet und die ohnehin verbreitete Politik- und Parteienverdrossenheit verstärkt. Das Vertrauen in die Institution unseres Staates und in die Ordnungsgemäßheit seiner Verfahren ist geschwächt worden. Das haben mir viele Menschen geschrieben. Ich nehme diese Kritik

¹⁰ Abgedr. in: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hg.): Vier Bundespräsidenten aus Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2004, S. 3-30.

und Empörung ernst und habe Verständnis dafür. Deshalb bringe ich sie heute öffentlich zur Sprache. Auch ich bin der Auffassung, dass die Art und Weise, wie die Sitzung des Bundesrates am 22. März verlauten ist, dem Ansehen von Staat und Politik Schaden zugefügt haben. Ich rüge das Verhalten des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und seines Stellvertreters. Ich rüge und ermahne aber auch alle Übrigen, die zu diesem Ansehensverlust beigetragen haben. Ich neige nicht vorschnell zur 'Parteienschele'. Ich habe oft gesagt, dass berechtigte Kritik an einzelnen Ereignissen oder an Fehlentwicklungen nicht dazu führen sollte, 'das Parteilieben in Bausch und Bogen' zu verurteilen. Die Parteien sollten sich weniger mit sich selber beschäftigen. Jenseits von Machterhalt und Machtgewinnung müssen sie offen sein für die Probleme, die die Menschen täglich bewegen. Die Parteien sollten sich neu und verstärkt darum bemühen, dass sie ihre Verwurzelung in der Gesellschaft nicht verlieren.«¹¹

Diesem Ziel, die Verwurzelung der Parteien zu verstärken und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, diente auch die Kommission zur Reform der Parteienfinanzierung, die er einberief und der der Verfasser dieses Beitrags selbst angehören durfte. Nach fast einem Jahr intensiver Arbeit, zumeist wurde im Bonner Amtssitz des Bundespräsidenten, in der Villa Hammerschmidt getagt, überreichten wir unser Ergebnis dem Bundespräsidenten am 18. Juli 2001. Ein Großteil der Empfehlungen zur Reform des Parteiengesetzes wurde umgesetzt.

Demokratie ist mehr als Dienstleistung

Am Rande seines alljährlichen Sommerfestes im September 2003 erklärte Johannes Rau, dass er für eine zweite Amtszeit nicht zur Verfügung stehe. Es war rechtzeitig, bevor wieder die Debatte über die Nachfolge entbrannte. Es war klar, dass es kaum eine ihm gewogene Mehrheit in der nächsten Bundesversammlung geben könne. Trotzdem, nach manchen Problemen zu Beginn seiner Amtszeit hatte er nun

¹¹ Zit. nach <www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,201781,00.html> (28.01.2007).

alleits Respekt und Anerkennung zurück gewonnen. »Er hat das Amt des Bundespräsidenten auf kluge, gute und wohlthuende Weise geführt«, notierte Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung. Das Amt des Bundespräsidenten biete mehr Spielraum als manche meinten: »Rau zumindest hat mehr daraus gemacht, als mancher seiner Vorgänger«, kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Februar 2004.¹²

In seiner letzten »Berliner Rede« vom 5. Mai 2004 resümiert Johannes Rau: »Ich will über das sprechen, was nach meiner Erfahrung die notwendigen Veränderungen in unserem Land überhaupt erst möglich macht. Ich rede von Vertrauen und Verantwortung (...). Untergangsszenarien und Apokalypsen sind ja eigentlich Mittel von politischen Außenseitern, die gesellschaftliche Veränderungen erzwingen wollen (...). Wir alle wissen, Vertrauen kann man nicht anordnen, nicht befehlen. Vertrauen kann man nicht beschließen. Vertrauen muss wachsen. Vertrauen wächst zwischen einzelnen Menschen in Gemeinschaften und muss eine ganze Gesellschaft prägen. Ohne Vertrauen können Menschen nicht friedlich miteinander leben. Ohne Vertrauen werden wir unsere Probleme nicht lösen. Erst Vertrauen schafft das Klima für wirtschaftlichen Erfolg, für wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, für technische Innovation (...). Unser demokratischer Staat ist mehr als ein Dienstleistungsbetrieb und auch mehr als eine Agentur zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Der Staat schützt und stärkt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger auch vor den gesellschaftlichen und ökonomischen Kräften, die die Freiheit des Einzelnen längst viel stärker bedrohen als jede Obrigkeit. Dazu legt er auch Regeln und Pflichten zugunsten der Gemeinschaft fest. Damit schafft der Staat Freiräume gegen puren Ökonomismus und gegen das alles beherrschende Dogma von Effizienz und Gewinnmaximierung.«¹³

12 Zit. nach Ingeborg M. Winter: Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Horst Köhler, Düsseldorf 2004, S. 255-258.

13 Siehe <www.bundespraesident.de> (28.01.2007).

Johannes Rau war ein großer Bundespräsident

Fragen wir zum Schluss: Was war Rau für ein Präsident? Ein unpolitischer Staatspräsident? Ein parteipolitischer Pensionär? Ein sorgenloser Landesvater? Jürgen Leinemann erinnert in seinem beeindruckenden Buch »Höhenrausch«,¹⁴ das von Macht- und Suchtverhalten der politischen Klasse handelt, an die Schrift von Guy Kirsch und Klaus Mackscheidt »Staatsmann, Amtsinhaber, Demagoge«. Seine Meinung nach sei Rau vom Typus des Demagogen meilenweit entfernt. Für ihn, Leinemann, sei er ein typischer »Amtsinhaber« – wie übrigens auch Helmut Kohl. Diese beiden suchten die Erwartungen ihrer Wähler zu treffen, indem sie ihnen ein Bild der Realität anbieten, das alle beunruhigenden und Angst machenden Elemente ausschließt. Amtsinhaber können das, weil sie alle psychosozialen Ängste der Bürger teilen und auch die dringlichsten Wünsche. Ihr Markenzeichen sei eine »überdurchschnittliche Durchschnittlichkeit«.¹⁶

Hier irrt Leinemann. Mag Johannes Rau auch als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen durchaus dem Typus des Amtsinhabers nahe gekommen sein, so verkörperte er spätestens als Bundespräsident den Idealtypus des Staatsmannes, der unbequeme Wahrheiten aussprechen kann, der über der Tagespolitik steht und ein festes Menschenbild besitzt.

Johannes Rau ist ein politischer, ja, er ist ein großer Präsident geworden – obwohl er nicht einem einzigen Gesetz seine Unterschrift verweigert hat. Es war ihm kein friedvoller Ruhestand vergönnt, von dem er träumte. Er konnte nicht mehr die Summe seiner vielen Reden, Grußworte und Ansprachen, seiner Erfahrungen und Begegnungen ziehen. Was bleibt also? Am Ende bleibt das Wort.

14 Jürgen Leinemann: Höhenrausch. Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker, München 2004, S. 206.

15 Guy Kirsch/Klaus Mackscheidt: Staatsmann, Amtsinhaber, Demagoge, Göttingen 1985.

16 Leinemann, S. 206.